

politfocus wirtschaftspolitik



Inhalt

Rubrik	Thema	Seite
Editorial	Schweizer Stimmvolk lehnt USR III ab.....	2
Bundesrat und Bundesverwaltung	<u>Aussenwirtschaft</u> Doppelbesteuerungs- und Steuerinformationsabkommen in Kraft.....	3
	Bundesrat verabschiedet Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2016.....	3
	Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten: Mehrere Vereinbarungen unterzeichnet.....	3
	Steuerregime am Flughafen Basel-Mülhausen: Bundesrat genehmigt Abkommen.....	3
	Jahr 2016: Exporte auf Höchststand.....	4
	WTO-Ministerinnen und Minister heben Bedeutung des multi-lateralen Handelssystems hervor.....	4
	<u>Beschäftigung & Lohn</u> Einladung zum Medien-gespräch in der Direktion für Arbeit des SECO.....	4
	Forschung und Entwicklung der Privatunter-nehmen 2015.....	4
	CH und Argentinien stärken Zusammenarbeit und lancieren bilateralen Dialog über Korruption..	5
	Menschen mit Beeinträchtigungen besser ins Arbeitsleben integrieren.....	5
	<u>Finanzen</u> Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Finanzmarktinfrastrukturverordnung.....	5
	Eröffnung der Vernehmlassung zur Einführung des AIA mit zusätzlichen Ländern.....	5
	Veröffentlichung SIF-Bericht über internationale Finanz- und Steuerfragen 2017.....	5
	Bundesrat setzt geändertes Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer in Kraft.....	6
	Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zur neuen Fintech-Regulierung.....	6
	Eröffnung Vernehmlassung zur Änderung der Liquiditätsverordnung.....	7
	Bundesrat verabschiedet Bericht zu Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft.....	7
	KTI unterstützt Innovationsprojekte von KMU mit CHF 60 Millionen.....	7
	Die Mehrwertsteuer in der Schweiz 2013-2014.....	7
	Bundesrat wird über Jahresbericht des Beirates Zukunft Finanzplatz informiert.....	8
	Massnahmen zur Sicherung der Bürgschaften des Bundes in der Hoch-see-Schifffahrt.....	8
	<u>Konsum & Produktion</u> Produzenten- und Importpreisindex im Dezember und im Jahres-verlauf 2016.....	8
	Aufhellung der Konsumentenstimmung.....	8
	Sportwirtschaft steigert den Umsatz.....	9
	Landesindex der Konsumentenpreise.....	9
	<u>Nachhaltigkeit</u> Expertengruppe zum Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung: Schweizer Ko-Leiter.....	9
	Bundesrat lehnt Konzernverantwortungsinitiative ab.....	9
	<u>Nationale Politik</u> Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für direkten Gegenentwurf zur Rasa-Initiative.....	10
	Energiegesetz (EnG): Referendum zustande gekommen.....	10
	Vernehmlassung zu den Ordnungsrevisionen zum ersten Massnahmenpaket eröffnet.....	10
Parlament	In der Kommission hängig.....	11
	Vorschau Frühjahrssession (27.02. – 17.03.2017)	
	> Nationalrat.....	11
	> Ständerat.....	20
Impressum	26

Schweizer Stimmvolk lehnt USR III ab



Stefan Kunz

Am 23. Oktober 2015, nachdem sich SVP und FDP in den eidgenössischen Wahlen die Mehrheit im Nationalrat holten, sagte SP-Präsident Christian Levrat im Interview (sda): «Das Risiko ist gross, dass die Reformprojekte der letzten Jahre scheitern oder entgleisen. Die SP muss wohl vermehrt auf Referenden und die ausserparlamentarische Arbeit setzen.» Am 12. Februar 2017 liegt nun ein deutliches Zeugnis dieser ausserparlamentarischen Arbeit vor: 59,1 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Referendumsabstimmung die Unternehmenssteuerreform III deutlich abgelehnt. Die SP trat beinahe alleine gegen Bundesrat, Parlament, Kantone und die Mehrheit der Wirtschaft an.

Entsprechend feiert sich die SP. In der Medienmitteilung vom Abstimmungssonntag schreibt sie: «Die Bürgerlichen und die Wirtschaftsverbände wurden für ihre Arroganz nach dem Rechtsrutsch 2015 bestraft. Wie schon 2004 (Steuerpaket und AHV) hat die Bevölkerung das rechte Machtkartell, das im Bundeshaus seine Klientelpolitik betreibt, an der Urne gestoppt.» Der Schweizerische Gewerbeverband, ein klarer Verlierer vom Sonntag, stellt in seiner Reaktion auf die Abstimmung fest: «Das Nein des Volkes zur Unternehmenssteuerreform III bedeutet Rechtsunsicherheit anstatt gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit. [...] Die negativen Konsequenzen sind kaum abschätzbar.» Eine eigene Interpretation des Abstimmungsergebnisses hat die SVP: Die Bevölkerung habe mit dem Nein zum Ausdruck gebracht, dass man dem Druck aus dem Ausland nicht stattgeben wolle.

Stellt sich die Frage, wie weiter: Dass es eine neue Vorlage braucht steht ausser Frage. Die Verpflichtung gegenüber EU und OECD, Anpassungen am kantonalen Steuerregime vorzunehmen, besteht weiterhin. Bezüglich Zeitplan und Inhalt haben sich bereits beide Seiten in Stellung gebracht: Die SP will am ersten Sessionstag einen Vorstoss einreichen, der eine rasche Umsetzung der Vorlage konkretisiert. Eine neue Vernehmlassung brauche es nicht, alle Elemente seien bereits in den Kommissionen und der Verwaltung durchexerziert worden. Für die FDP ist jedoch klar, dass es eine Vernehmlassung braucht: Die neue Vorlage müsse die rechtsstaatlichen Verfahren durchlaufen, heisst es in einer Medienmitteilung vom 12. Februar 2017. Kantone, Gemeinden und die Wirtschaft müssten zwingend eingebunden werden bei der Erarbeitung. Die Grünen listen in ihrer Reaktion auf das Abstimmungsergebnis fünf Punkte auf, welche bei einer neuen Vorlage im Vordergrund stehen sollen. Zuoberst findet sich der Punkt, der schon bei der parlamentarischen Debatte viel zu reden gegeben hatte: Die Gegenfinanzierung. Die Grünen verweisen auf die ursprünglich vom Bundesrat vorgesehene Erhöhung der Dividendenbesteuerung und die Einführung einer Kapitalbesteuerung. Diese Forderung wird vom Gewerbeverband klar ablehnt. Die SVP hingegen will ein Sparpaket, um Steuererhöhungen zu vermeiden.

Das Parlament kann in der kommenden Session zeigen, ob es bereits etwas vom letzten Abstimmungssonntag gelernt hat. Auch bei der Altersreform 2020 (vgl. S. 12) gilt es einen Kompromiss zu finden, um ein weiteres Referendum des Volkes zu verhindern.

Bundesrat und Bundesverwaltung

Aussenwirtschaft

Doppelbesteuerungs- und Steuerinformationsabkommen in Kraft

Die Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), welche die Schweiz mit Norwegen und Albanien abgeschlossen hat, sind im Dezember 2016 in Kraft getreten und seit dem 1. Januar 2017 anwendbar. Die zwei DBA wurden mit einem Änderungsprotokoll aktualisiert. Sie fördern die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit den beiden Staaten. Weiter sind die Steuerinformationsabkommen mit Belize und Grenada in Kraft getreten und seit dem 1. Januar 2017 anwendbar.

- ➔ Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), Sektion bilaterale Steuerfragen und Doppelbesteuerung, T 058 462 71 29

Bundesrat verabschiedet Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2016

Im Schwerpunktkapitel des Berichts zur Aussenwirtschaftspolitik 2016, welchen der Bundesrat am 11. Januar 2017 verabschiedet hat, zeigt der Bundesrat aktuelle Herausforderungen für die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik auf. So drohen Diskriminierungen der Schweizer Unternehmen gegenüber wichtigen Handelspartnerinnen wie der EU und den USA, wenn diese interregionale Abkommen abschliessen, an denen die Schweiz nicht beteiligt ist. Gleichzeitig nehmen protektionistische Tendenzen und Kritik an Freihandel und Globalisierung generell zu. Unabhängig davon schreitet die Digitalisierung voran, welche die Internationalisierung der Handelsströme fördert und neue Produkte und Dienstleistungen hervorbringt. Mit günstigen Rahmenbedingungen soll sichergestellt werden, dass Schweizer Unternehmen auch in Zukunft möglichst hindernisfreien Zugang zu ausländischen Märkten erhalten und neue Geschäftsmodelle nutzen können, welche durch die Digitalisierung entstehen.

- ➔ Christian Etter, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Botschafter, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, T 058 464 08 62

Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten: Mehrere Vereinbarungen unterzeichnet

Bei den Gesprächen am 16. Januar 2017 definierten die Schweiz und China Themenfelder (u.a. der Welthandel, das Finanzsystem, der Umwelt- und Klimaschutz sowie internationale Konflikte) zur weiteren Vertiefung der politisch und wirtschaftlich engen Beziehungen. Im Rahmen des Besuchs des chinesischen Präsidenten Xi Jinping wurden zehn Vereinbarungen unterzeichnet, darunter ein Kultur-Abkommen, ein Abkommen, das im Zollbereich wirksam wird, und eine Absichtserklärung im Energiebereich.

- ➔ André Simonazzi, Bundesratssprecher, M 079 597 64 49

Steuerregime am Flughafen Basel-Mülhausen: Der Bundesrat genehmigt das Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich

Der Bundesrat genehmigte am 25. Januar 2017 das Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich über das Steuerregime am Flughafen Basel-Mülhausen. Damit kann die Schweiz das Abkommen unterzeichnen und in Kraft setzen, sobald der Rat der EU der 2015 von Frankreich beantragten Ausnahmeregelung in Bezug auf die Mehrwertsteuer zugestimmt hat. Ausserdem verabschiedete der Bundesrat eine Vereinbarung über die Entschädigung des

Aufwands der französischen Flugaufsichtsbehörde (Direction générale de l'Aviation Civile, DGAC) im Schweizer Sektor des Flughafens.

- ➔ Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Information, T 058 462 31 53

Jahr 2016: Exporte auf Höchststand

Nach einem Rückgang 2015 wuchs der Aussenhandel im 2016 wieder, wobei die chemisch-pharmazeutischen Produkte die Entwicklung prägten. Die Exporte stiegen insgesamt um 3,8 Prozent (real: - 0,8%) auf rekordhohe CHF 210,7 Milliarden. Die beiden anderen grossen Sparten – Maschinen und Elektronik sowie Uhren – konnten indes nicht am Wachstum teilhaben. Die Importe nahmen um 4,1 % (real: + 1,2%) auf CHF 173,2 Milliarden zu. Der Überschuss in der Handelsbilanz erreichte mit CHF 37,5 Milliarden einen neuen Rekord.

- ➔ Matthias Pfammatter, Zollverwaltung (EZV), T 058 462 75 90

WTO-Ministerinnen und Minister heben in Davos die Bedeutung des multilateralen Handelssystems hervor

Auf Einladung von Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann trafen sich am Rande des World Economic Forum in Davos am 20. Januar 2017 29 für WTO-Fragen (Welthandelsorganisation) zuständige Ministerinnen und Minister sowie WTO-Generaldirektor Roberto Azevêdo zu einem informellen Treffen. Beim Treffen ging es um die Verhandlungsagenda im Hinblick auf die nächste WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2017. Die Teilnehmer betonten dabei, dass die Hauptaufgabe der WTO weiterhin darin bestehe, die Entwicklungsländer, und insbesondere die am wenigsten entwickelten unter ihnen, bei ihrer weiteren Integration in das globale Handelssystem zu unterstützen.

- ➔ Markus Schlagenhof, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Botschafter, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, T 058 462 22 10.

Beschäftigung & Lohn

Einladung zum Medien-gespräch in der Direktion für Arbeit des SECO

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) publizierte am 10. Januar 2017 die Arbeitslosenzahlen vom Dezember 2016. Basierend auf den neuesten Arbeitsmarktdaten informierte die Direktion für Arbeit im Rahmen eines Medien-gesprächs über die Entwicklung im Jahr 2016 und gab einen Ausblick für 2017. Gleichzeitig wurden die wichtigsten Herausforderungen zu aktuellen Themen aus der Direktion für Arbeit angesprochen.

- ➔ Fabian Maienfisch, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Stv. Leiter Kommunikation, T 058 462 40 20

Forschung und Entwicklung der Privatunternehmen 2015: Die Unternehmen haben 2015 über CHF 15 Milliarden für Forschung ausgeben

Die Unternehmen wendeten 2015 für ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (F+E) in der Schweiz CHF 15,7 Milliarden auf. Dies entspricht einer Zunahme von 10 Prozent gegenüber 2012. Rund 57'000 Personen beteiligten sich in den Unternehmen an Forschungstätigkeiten. Auf internationaler Ebene gehört die Schweiz zu den Ländern mit den aktivsten Unternehmen in F+E. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer vom Bundesamt für Statistik (BFS) in Zusammenarbeit mit economiesuisse durchgeführten Erhebung.

- ➔ Pierre Sollberger, Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Wirtschaftsstruktur und -analysen, T 058 463 68 65,

Die Schweiz und Argentinien stärken ihre Zusammenarbeit und lancieren einen bilateralen Dialog über Korruption

Am Montag, 23. Januar 2017 empfing Didier Burkhalter die argentinische Aussenministerin Susana Malcorra in Bern. Nach zahlreichen bilateralen Kontakten zwischen der Schweiz und Argentinien 2016 bekräftigt dieser Besuch den Willen der beiden Länder, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit beispielsweise in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Forschung, Wirtschaft und Menschenrechte weiter zu intensivieren. Ebenso wurde beschlossen, einen bilateralen Dialog über die Korruptionsbekämpfung zu lancieren. Argentinien, das 2018 den Vorsitz der G-20 übernehmen wird, engagiert sich besonders stark in diesem Bereich.

➔ Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), T 058 462 31 53

Menschen mit Beeinträchtigungen besser ins Arbeitsleben integrieren

Bundesrat Alain Berset hat am 26. Januar 2017 die «Nationale Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung» eröffnet. Ziel der Konferenz ist es, Menschen mit Beeinträchtigungen verstärkt in die Arbeitswelt zu integrieren. Im Zentrum der ersten von drei Arbeitstagen steht die Frage, wo prioritär Handlungsbedarf besteht. Ausserdem wird eine gemeinsame Absichtserklärung verabschiedet. Ziel der zweiten Arbeitstagung am 18. Mai ist es, mögliche Massnahmen zu identifizieren. An der dritten Arbeitstagung am 21. Dezember soll schliesslich ein Masterplan verabschiedet werden.

➔ Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), T 058 462 77 11

Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Finanzmarktinfrastrukturverordnung

Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat am 13. Februar 2017 die Vernehmlassung zu einer Änderung der Finanzmarktinfrastrukturverordnung eröffnet. Mit der Revision sollen die schweizerischen Vorschriften zum Austausch von Sicherheiten an die nunmehr feststehenden Regelungen der EU angeglichen werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 13. April 2017.

➔ Anne Césard, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), Kommunikation, T 058 462 62 91

Eröffnung der Vernehmlassung zur Einführung des AIA mit zusätzlichen Ländern

Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat am 2. Februar 2017 die Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (AIA) mit folgenden Ländern eröffnet: China, Indonesien, Russland, Saudi-Arabien, Liechtenstein, Kolumbien, Malaysia, die Vereinigten Arabischen Emirate, Montserrat, Aruba, Curaçao, Belize, Costa Rica, Antigua und Barbuda, Grenada, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent und die Grenadinen, die Cookinseln und die Marshallinseln. Das Inkrafttreten des AIA ist auf den 1. Januar 2018 vorgesehen, sodass ein erster Datenaustausch 2019 stattfinden wird. Die Vernehmlassung dauert bis zum 13. April 2017.

Anne Césard, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), Kommunikation, T 058 462 62 91

Veröffentlichung SIF-Bericht über internationale Finanz- und Steuerfragen 2017

Der Bundesrat hat am 2. Februar 2017 den aktuellen Bericht betreffend internationale Finanz- und Steuerfragen veröffentlicht. Die Publikation informiert über die Aktivitäten in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Engagement in internationalen Finanzgremien und internationale Steuerpolitik im Jahr 2016

und liefert einen Ausblick über anstehende Herausforderungen. Zukünftig sollen nationale Handlungsspielräume noch konsequenter ausgeschöpft und die Rahmenbedingungen am Finanzstandort Schweiz zukunftsgerichteter und effizienter ausgestaltet werden.

- ➔ Der Bericht kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:
<https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/47092.pdf>
- ➔ Beat Werder, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), Leiter Kommunikation, T 058 469 79 47

Bundesrat setzt geändertes Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer in Kraft

In seiner Sitzung vom 1. Februar 2017 hat der Bundesrat beschlossen, die Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer auf den 15. Februar 2017 in Kraft zu setzen. Gesellschaften können innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten auf Gesuch hin bereits bezahlte Verzugszinsen zurückfordern, die sie entrichten mussten, weil sie konzerninterne Dividendenzahlungen nach Ablauf der 30-tägigen Frist der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) gemeldet hatten. Die Rückwirkung der neuen Bestimmung gilt für Sachverhalte, die vor dem Inkrafttreten der Änderung beim Meldeverfahren eingetreten sind. Es sei denn, die Steuer- oder Verzugszinsforderung sei bereits verjährt oder bereits vor dem 1. Januar 2011 rechtskräftig festgesetzt worden.

- ➔ Patrick Teuscher, Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), Leiter Kommunikation, T 058 464 90 00

Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zur neuen Fintech-Regulierung

Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 die Vernehmlassung zu Änderungen des Bankengesetzes und der Bankenverordnung im Bereich Fintech eröffnet. Mit der Revision sollen Markteintrittshürden für Fintech-Unternehmen verringert und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes gestärkt werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 8. Mai 2017.

Die vorgeschlagenen Änderungen im Bankengesetz (BankG) und in der Bankenverordnung (BankV) zielen darauf ab, Fintech-Unternehmen und andere Unternehmen, die Dienstleistungen ausserhalb des typischen Bankgeschäfts erbringen, entsprechend ihrem Risikopotenzial angemessen zu regulieren. Vorgeschlagen wird eine Deregulierung mit drei sich ergänzenden Elementen:

- Die in der BankV enthaltene Ausnahme für die Entgegennahme von Geldern zu Abwicklungszwecken (Art. 5 Abs. 3 Bst. c BankV) soll explizit für eine Abwicklung innert 60 Tage gelten (anstatt, wie gemäss der bisherigen Praxis, nur für Abwicklungen innert sieben Tagen). Für Effekthändler soll indessen weiterhin massgebend sein, dass das geplante Hauptgeschäft organisiert bzw. unmittelbar absehbar ist.
- Die Entgegennahme von Publikumseinlagen bis zu einem Betrag von CHF 1 Million Franken soll nicht als gewerbsmässig gelten und damit bewilligungsfrei möglich sein. Diese Anpassung soll es Unternehmen erlauben, ein Geschäftsmodell zu erproben, bevor sie schliesslich bei Publikumseinlagen von über 1 Million Franken eine Bewilligung beantragen müssen.
- Für Unternehmen, die Publikumseinlagen bis maximal 100 Millionen Franken entgegennehmen ohne das Aktivgeschäft zu betreiben, sollen im

Eröffnung Vernehmlassung zur Änderung der Liquiditätsverordnung

Vergleich zur heutigen Bankbewilligung erleichterte Bewilligungs- und Betriebsvoraussetzungen in den Bereichen Rechnungslegung, Prüfung und Einlagensicherung gelten.

- ➔ Beat Werder, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), Leiter Kommunikation, T 058 469 79 47

Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat am 10. Januar 2017 die Vernehmlassung zur Änderung der Liquiditätsverordnung (LiqV) eröffnet. Mit der Revision sollen die Vorgaben der internationalen Rahmenvereinbarung Basel III zur langfristigen Finanzierung von Banken (Net Stable Funding Ratio, NSFR) umgesetzt werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 10. April 2017. Die Bestimmungen zur NSFR sollen per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt werden.

- ➔ Beat Werder, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF), Leiter Kommunikation, T 058 469 79 47,

Bundesrat verabschiedet Bericht zu Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft

In dem am 11. Januar 2017 vom Bundesrat verabschiedeten Bericht «„Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft» wird eine Standortbestimmung innerhalb der Strategie «Digitale Schweiz» vorgenommen. So kommt der Bericht zum Schluss, dass der digitale Wandel grosse Chancen für die Schweizer Volkswirtschaft bietet. Der Bundesrat will diese nutzen, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. Grundsätzlich sind dazu die notwendigen Gesetzesgrundlagen vorhanden; es braucht für „Sharing Economy“-Anbieter – etwa im Personentransport oder bei Beherbergungs-Dienstleistungen – voraussichtlich keine zusätzlichen Gesetze. Hingegen sind aufgrund des digitalen Wandels nicht mehr nötige Regulierungen punktuell anzupassen und die Rahmenbedingungen weiter zu optimieren. Der Bundesrat beschloss, in den Bereichen Beherbergungsplattformen, multimodale Dienstleistungen, Wettbewerbspolitik, «Digitaler Test», Bildungs- und Forschungspolitik sowie internationale Regulierung Massnahmen zu prüfen beziehungsweise die Entwicklung zu verfolgen.

- ➔ Eric Scheidegger, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), stv. Direktor, Leiter Direktion für Wirtschaftspolitik, T 058 462 29 59

KTI unterstützt Innovationsprojekte von KMU mit CHF 60 Millionen

Die Sondermassnahmen gegen den starken Franken 2016, welche die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) im Auftrag von Bundesrat und Parlament durchführte, sind abgeschlossen. Bewilligt wurden 161 Innovationsprojekte von exportorientierten KMU; der Zusatzkredit von CHF 61 Millionen wurde fast vollständig ausgeschöpft. Die gesprochenen Mittel verteilen sich wie folgt auf die KTI-Förderbereiche: Ingenieurwissenschaften (CHF 24 Mio., 68 bewilligte Projekte), Mikro- und Nanotechnologien (CHF 17 Mio., 42 bewilligte Projekte), Enabling Sciences (CHF 7 Mio., 22 bewilligte Projekte) und Life Sciences (CHF 12.3 Mio., 29 bewilligte Projekte).

- ➔ Medienstelle Kommission für Technologie und Innovation, T 058 469 18 77

Die Mehrwertsteuer in der Schweiz 2013-2014

Das Bundesamt für Statistik (BFS) und die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) haben am 27. Januar 2017 die Publikation «Die Mehrwertsteuer in der

Bundesrat wird über Jahresbericht des Beirates Zukunft Finanzplatz informiert

Schweiz 2013-2014, Resultate und Kommentare» veröffentlicht. Die Publikation bietet eine umfassende statistische Übersicht über die Mehrwertsteuer und zeigt verschiedene Entwicklungen über die Zeit auf.

☞ Patrick Teuscher, ESTV, Leiter Kommunikation, T 058 464 90 00

Am 25. Januar 2017 wurde der Bundesrat über den Jahresbericht des Beirates Zukunft Finanzplatz informiert. In seinem ersten vollen Tätigkeitsjahr legte der Beirat einen Fokus auf den Bereich Digital Finance. Daneben befasste er sich mit einer Reihe von weiteren Themen von strategischer Bedeutung für die Finanzbranche und die Volkswirtschaft.

☞ Roland Meier, Eidgenössische Finanzdepartement (EFD), Mediensprecher, T 058 462 60 86

Massnahmen zur Sicherung der Bürgschaften des Bundes in der Hochsee-Schifffahrt

Am 27. Januar 2017 wurde in einer Zeitung über ein vertrauliches Papier des Bundesrats zur Situation einer mit Bundesbürgschaften ausgestatteten Reederei berichtet. Um Spekulationen mit möglichem finanziellem Schaden für den Bund sowie die betroffene Firma und die Schweizer Reedereien generell zu verhindern, informiert das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) wie folgt: Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Branche droht dem Bund durch den Ausfall von Bürgschaften ein finanzieller Schaden in unterer dreistelliger Millionenhöhe. Der Bund hat seit Mitte 2015 Massnahmen ergriffen, um diesen Schaden zu verhindern bzw. zu minimieren. Zudem führte die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) im Auftrag des WBF-Vorstehers eine Administrativuntersuchung durch, deren Resultate derzeit ausgewertet werden. Erste Massnahmen sind bereits umgesetzt. Bundesrat, EFK und Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte (FinDel) sind laufend und transparent über die Entwicklungen informiert worden. Um eine Lösungsfindung nicht zu beeinträchtigen und den finanziellen Schaden für den Bund möglichst tief zu halten, wurde die Öffentlichkeit bisher nicht informiert. Der Vorsteher des WBF hat aufgrund des Medienberichts umgehend Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung eingereicht.

☞ WBF, Informationsdienst, T 058 462 20 07

Konsum & Produktion

Produzenten- und Importpreisindex im Dezember und im Jahresverlauf 2016

Der Gesamtindex der Produzenten- und Importpreise stieg im Dezember 2016 gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozent und erreichte den Stand von 100,0 Punkten (Basis Dezember 2015 = 100). Damit betrug Teuerung im Vergleich zum Dezember 2015 0,0 Prozent, während die durchschnittliche Jahresteuern im Jahr 2016 bei -1,8 Prozent lag.

☞ Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Preise, T 058 463 66 06

Aufhellung der Konsumentenstimmung

Am 7. Februar 2017 wurde bekannt gegeben, dass sich die Konsumentenstimmung in der Schweiz gemäss der jüngsten Umfrage klar verbessert hat. Der Index ist auf -3 Punkte und somit über seinen langfristigen Mittelwert geklettert. Wesentlich besser präsentiert sich die Beurteilung der erwarteten Wirt-

Sportwirtschaft steigert den Umsatz

schaftsentwicklung. Zudem schätzen die Konsumenten die erwartete Entwicklung der Arbeitslosenzahl und der eigenen finanziellen Lage weniger pessimistisch ein. Damit beurteilen die Konsumenten die Aussichten erstmals in vielen Fragen ähnlich positiv wie kurz vor dem Frankenschock Anfang 2015.

➔ Ronald Indergand, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Leiter Ressort Konjunktur, T 058 460 55 58

Der Schweizer Sport hat zwischen 2011 und 2014 seine Bruttowertschöpfung um CHF 420 Millionen (4.3%) steigern und 1'900 (2.1%) zusätzliche Vollzeitstellen schaffen können. Gesamthaft erwirtschaftet er im Jahr 2014 eine Bruttowertschöpfung von CHF 10,3 Milliarden und leistet so einen Beitrag von 1,6 Prozent zum Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP). Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft (+27%) ist die Wertschöpfung der Sportwirtschaft mit einem Plus von 15 Prozent jedoch weniger stark gewachsen.

➔ Christoph Lauener, Bundesamt für Sport (BASPO), Leiter Kommunikation, T 058 467 61 33

Landesindex der Konsumentenpreise im Dezember 2016. Durchschnittliche Jahresteuerung 2016 von -0,4 Prozent

Der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) sank im Dezember 2016 gegenüber dem Vormonat um 0,1 Prozent und erreichte den Stand von 100,0 Punkten (Dezember 2015=100 Punkte). Im Vergleich zum Vorjahresmonat betrug die Teuerung 0,0 Prozent. Die durchschnittliche Jahresteuerung betrug im Jahr 2016 -0,4 Prozent. Dies geht aus den Zahlen des Bundesamts für Statistik (BFS) hervor.

➔ Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Preise, T 058 463 69 00

Nachhaltigkeit

Schweizer Ko-Leiter einer Expertengruppe, die den ersten Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung verfasst

Die Schweiz begrüsst die Ernennung von Peter Messerli, Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) der Universität Bern, zum Ko-Vorsitzenden einer Expertengruppe, die den ersten Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung der UNO-Agenda 2030 erstellt. Seine Kandidatur als unabhängiger Experte wurde von der Schweiz unterstützt.

➔ Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), Information, T 058 462 31 53

Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» ab

Die Wirtschaft muss die Menschenrechte respektieren und die Umwelt schützen. Der Bundesrat anerkennt damit im Kern die Anliegen der Volksinitiative "Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt" (Konzernverantwortungsinitiative). Die Forderungen der Initianten gehen ihm jedoch insbesondere im Bereich der Haftungsregelung zu weit. Einerseits, weil die Initiative nebst der Berichterstattungspflicht eine ausdrückliche Sorgfaltsprüfungspflicht enthält, die sich auch auf kontrollierte Unternehmen im Ausland sowie auf sämtliche Geschäftsbeziehungen der Unternehmen erstreckt. Andererseits, weil die geforderten Haftungsregeln - soweit überhaupt vorhanden - strenger sind als in allen anderen Rechtsordnungen, und so den Wirtschaftsstandort Schweiz gefährden würden. Der Bundesrat hat deshalb am 11. Januar 2017 beschlossen, dem Parlament die Konzernverantwortungsinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

len. Er begründet seinen Entscheidung auch mit erst kürzlich beschlossenen Aktionsplänen in den Bereichen Wirtschaft und Menschenrechte sowie Wirtschaft und Umwelt. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) wird dem Bundesrat bis Mitte August 2017 einen Botschaftsentwurf unterbreiten.

➔ Adrian Tagmann, Bundesamt für Justiz (BJ), T 058 463 77 57

Nationale Politik

Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für direkten Gegenentwurf zur Rasa-Initiative

Die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten» (Rasa-Initiative) will die Ergebnisse der Abstimmung vom 9. Februar 2014 rückgängig machen und die Zuwanderungsbestimmungen (Art. 121a BV und Art. 197 Ziff. 11 BV) ersatzlos aus der Verfassung streichen. Der Bundesrat hatte bereits im Oktober 2016 entschieden, diese Initiative abzulehnen und ihr einen direkten Gegenentwurf gegenüber zu stellen. In seiner Sitzung vom 1. Februar 2017 hat die Regierung nun die Vernehmlassung zu zwei Varianten für einen direkten Gegenentwurf eröffnet. Das Vernehmlassungsverfahren dauert bis zum 1. März 2017. Dieses verkürzte Verfahren ist wegen der gesetzlichen Frist für die Verabschiedung der Botschaft zu dieser Volksinitiative durch den Bundesrat bis am 27. April 2017 erforderlich.

In einer ersten Variante des Gegenentwurfs soll Artikel 121a Abs. 4 BV durch eine Bestimmung ersetzt werden, wonach bei der Steuerung der Zuwanderung völkerrechtliche Verträge berücksichtigt werden sollen, die von grosser Tragweite für die Stellung der Schweiz in Europa sind. Die zweite Variante des direkten Gegenentwurfs sieht vor, die Übergangsbestimmung zu Artikel 121a BV (Art. 197 Ziff. 11 BV) zu streichen. Der Artikel 121a BV soll hingegen nicht geändert werden. Damit soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass das Parlament ein Gesetz verabschiedet hat, welches die Stossrichtung des Zuwanderungsartikels aufnimmt, ohne es allerdings mit dieser Verfassungsbestimmung in Übereinstimmung zu bringen.

➔ Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), T 058 462 18 18

Energiegesetz (EnG): Referendum zustande gekommen

Das Referendum gegen das Energiegesetz (EnG) vom 30. September 2016 ist zustande gekommen, wie am 31. Januar 2017 bekannt gegeben wurde. Die Überprüfung durch die Bundeskanzlei hat ergeben, dass davon 68'390 Unterschriften gültig sind. Die Vorlage kommt somit am 21. Mai 2017 zur Abstimmung.

➔ René Lenzin, Bundeskanzlei, T 058 462 54 93

Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zu den Verordnungsrevisionen zum ersten Massnahmenpaket

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 1. Februar 2017 die Vernehmlassung zu den Verordnungsrevisionen zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 eröffnet. Damit werden die Verordnungen an die vom Parlament im September verabschiedeten Gesetzesänderungen, insbesondere an das totalrevidierte Energiegesetz, angepasst. Die revidierten Bundesgesetze samt Verordnungen sollen am 1. Januar 2018 in Kraft treten, falls das Volk die vom Parlament verabschiedete Vorlage in der Abstimmung vom 21. Mai 2017 gutheisst (siehe oben). Die Vernehmlassung dauert bis zum 8. Mai 2017

➔ Marianne Zünd, BFE, Kommunikation, T 058 462 56 75

Parlament

In der Kommission hängig

Ja zum Schutz der Privatsphäre. Volksinitiative (15.057)

Die Volksinitiative will zusätzlich zum Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre ein Grundrecht auf Schutz der finanziellen Privatsphäre in der Verfassung verankern. Der Nationalrat hat in der Wintersession 2016 Volksinitiative und Gegenentwurf angenommen, wobei der Gegenentwurf bei der Stichfrage vorzuziehen sei. Die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK-SR) beschäftigt sich am 10. Januar 2017 mit den beiden Entwürfen. Nach einer allgemeinen Diskussion hat die Kommission per Ordnungsantrag (11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen) beschlossen, vom Bundesrat eine Stellungnahme zum direkten Gegenentwurf des Nationalrats einzuholen und sich von ihm über das weitere, vom Bundesrat geplante, steuerpolitische Vorgehen informieren zu lassen. Die Stellungnahme dürfte im Laufe des Frühlings eintreffen.

⌚ Die WAK-SR wird die Beratung wiederaufnehmen, sobald die Stellungnahme des Bundesrates vorliegt.

Vorschau Frühjahrsession 27.02.-17.03.2016

Nationalrat

Bundesratsgeschäfte

Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke. Bundesgesetz (16.031)

Die Vorlage sieht für die Besteuerung von Wertzuwachsgegewinnen, die bei der Veräusserung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken erzielt werden, bei der Einkommenssteuer eine Rückkehr zur Praxis vor, wie sie bis 2011 galt. Der Nationalrat nahm den Entwurf in der Sondersession 2016 an. Der Ständerat trat hingegen in der Wintersession 2016 nicht auf die Vorlage ein. Dabei verwies die Mehrheit der kleinen Kammer auf das Gebot der Rechtsgleichheit. Selbständige Landwirte und andere Selbständigerwerbende mit Grundstücken in der Bauzone sollten gleichbehandelt werden. Somit liegt der Ball jetzt wieder bei der grossen Kammer.

⌚ Die Wirtschaftskommission behandelt die Vorlage am 20. Februar 2017 (nach Redaktionsschluss).

⌚ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 27. Februar 2017.

Stabilisierungsprogramm 2017-2019 (16.045) Entwurf 1

Der Ständerat hat in der Wintersession 2016 eine erste Differenzbereinigung der Vorlage vorgenommen. Die Finanzkommission des Nationalrates (FK-NR) hat am 13. Januar 2017 diese Differenzen vorberaten und beantragt bei allen Punkten an der Position des Nationalrates festzuhalten:

Im Bereich Personal und Eigenaufwand möchte der Nationalrat in den Jahren 2018 und 2019 zusätzlich CHF 100 Millionen kürzen. Die FK-NR beantragt mit 15 zu 9 Stimmen daran festzuhalten. Im Bereich Migration und Integration

hatte der Nationalrat zusätzliche Einsparungen von CHF 23,3 Millionen gefordert. Die FK-NR bekräftigte diese Position mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung. Im Gesundheitsbereich will der Nationalrat beim Bundesgesetz über die Krankenversicherung den Bundesbeitrag bei der obligatorischen Krankenpflegeversicherung von 7,5 Prozent auf 7,3 Prozent zu senken. Der Ständerat will bei den 7,5 Prozent bleiben. Die FK-NR beantragt mit 15 zu 9 Stimmen an der Senkung festzuhalten.

☒ Der Nationalrat behandelt die Differenzen am 27. Februar 2017. Der Ständerat berät diese eventuell am 9. März. Sollte es zu einer Einigungskonferenz kommen, werden die Anträge am 15. März 2017 beraten.

Altersvorsorge 2020. Reform (14.088)

Entwurf 1: Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020

Entwurf 2: Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Bei der Reform der Altersvorsorge liegt eine zentrale Differenz zwischen dem National- und dem Ständerat darin, wie die Rentenverluste ausgeglichen werden sollen, die entsprechend aus der Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der zweiten Säule entstehen. Um einen Kompromiss zu finden, hat die Sozialkommission des Nationalrates (SGK-NR) das Modell des Nationalrates weiterentwickelt und beantragt dieses Modell mit 13 zu 12 Stimmen. Es sieht vor, dass vor allem die jüngeren Erwerbstätigen sowie ihre Arbeitgeber geringere Sparbeiträge an die Pensionskasse zahlen müssen (5 Prozent im Alter von 25 bis 34 Jahren; 8 Prozent im Alter von 35 bis 44 Jahren), wodurch die Kompensationskosten deutlich gesenkt werden können. Das Rentenniveau bliebe auch im weiterentwickelten Modell gesichert, da es keinen Koordinationsabzug vorsieht und Sparbeiträge damit auf dem ganzen versicherten Lohn erhoben werden sollen.

Eine Kommissionsminderheit will dem Ständerat folgen: Dieser hatte zur Kompensation neben den Massnahmen in der beruflichen Vorsorge auch solche in der AHV beschlossen; die Massnahmen sehen einen Rentenzuschlag von CHF 70 pro Monat für Neurentner sowie eine Erhöhung des Plafonds bei den Ehepaar-Renten auf 155 Prozent vor. Diese Rentenverbesserungen werden von einer Kommissionsmehrheit abgelehnt, jedoch will sie jenen Personen die Frührenten erleichtern, die früh zu arbeiten begonnen und einen geringen Verdienst hatten (Kosten von 300 Millionen Franken). Berücksichtigt man alle Massnahmen, fällt das Kompensationsmodell der Nationalratskommission insgesamt günstiger aus als das Ständeratsmodell: Die Kompensationskosten von CHF 4,45 Milliarden sinken auf CHF 2,85 Milliarden im Jahr 2030 (Ständeratsmodell: CHF 3,25 Milliarden im Jahr 2030).

Am zweistufigen Interventionsmechanismus in der AHV hält die SGK-NR – entgegen dem Ständerat – fest (Stichentscheid des Präsidenten bei 12 zu 12 Stimmen). Mit dem Interventionsmechanismus soll für den Fall vorgesorgt werden, wenn die Politik nicht rechtzeitig Gegensteuer geben würde, sobald finanzielle Schwierigkeiten absehbar wären und damit der AHV-Fonds unter 80 Prozent einer Jahresausgabe sinken würde. Unter diesen Umständen würde das Referenzalter während maximal 4 Monate pro Jahr auf bis zu 67 Jahre

angehoben und gleichzeitig würde die Mehrwertsteuer um bis zu 0,4 Prozentpunkte erhöht.

Die Kommission hält zudem an einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV um 0,6 Prozentpunkte fest (mit 13 zu 12 Stimmen). Die vom Ständerat beschlossene Erhöhung um 1 Prozentpunkt erachtet die Kommission als eine zu starke Belastung für die Wirtschaft. Bei der Frage zum Bundesbeitrag an die AHV folgt die SGK-NR hingegen dem Ständerat und beantragt, den Bundesbeitrag bei 19,55 Prozent einer Jahresausgabe zu belassen (Stichentscheid des Präsidenten bei 10 zu 10 Stimmen und 5 Enthaltungen). Abweichend von der Position des Ständerates folgt die Kommission dem Vorschlag des Bundesrates, indem sie die Regeln für die Hinterlassenenrenten an die gesellschaftliche Entwicklung anpassen will. Sie folgt mit 15 zu 10 Stimmen dem Beschluss des Nationalrates, wonach Witwenrenten nur dann entrichtet werden, wenn die Witwen zum Zeitpunkt der Verwitwung unterhaltspflichtige Kinder haben. Der Ständerat hingegen wollte die Witwen- und Kinderrenten nicht antasten, wohl mit einer allfälligen drohenden Volksabstimmung im Hinterkopf. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis (15 zu 10 Stimmen) hält die Kommission daran fest, dass keine neuen Kinderrenten zur AHV-Altersrente mehr ausgerichtet werden, sobald die Reform in Kraft tritt. Zudem soll es auch keine neuen Kinderrenten zur Pensionskassenrente (BVG-Obligatorium) geben – dies im Sinne der Kohärenz.

Der Ständerat hatte in der Wintersession 2016 mit seinen Differenzen versucht zu vermeiden, dass die Reform der Altersvorsorge bei einer allfälligen Volksabstimmung abgelehnt würde.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Differenzen am 28. Februar 2017 und ggf. am 13. März 2017. Sollten weiterhin Differenzen bestehen, behandelt der Ständerat diese am 7. März. Der Antrag der Einigungskonferenz wird in beiden Räten am 16. März 2017 behandelt.

Geldspielgesetz (15.069)

Der Ständerat hat als Erstrat bereits in der Sommersession 2016 über das Geldspielgesetz entschieden. Die Rechtskommission des Nationalrates (RK-NR) beantragt ihrem Rat nun folgende Anpassungen:

Die Kommission lehnt die Sperrung von Internet-Seiten von in der Schweiz nicht zugelassenen Online-Geldspielen ab. Dennoch soll die Eidgenössische Spielbankenkommission gegenüber Veranstaltern solcher Geldspiele vorgehen. Die RK-NR folgt dem Bundesrat und dem Ständerat vollumfänglich in der Frage der Ausgestaltung des Konzessionsmodells bei den Spielbanken. Wie bis anhin soll es zwei mögliche Arten von Konzessionen geben. Online-Geldspiele darf in der Schweiz nur anbieten, wer auch die Voraussetzung für die Erteilung einer A- oder B-Konzession erfüllt (12 zu 12 Stimmen mit Stichentscheid).

Auch in der Frage der Ausgestaltung der Präventionsmassnahmen gegenüber Spielsucht folgt die Kommission dem Bundesrat und dem Ständerat. Sowohl die Einführung einer Abgabe zur Finanzierung solcher Massnahmen als auch die

Schaffung einer Eidgenössischen Kommission für Fragen zum exzessiven Geldspiel wurden abgelehnt. Bei der Frage der Besteuerung von Geldspielgewinnen folgt die Kommission ebenfalls dem Entwurf des Bundesrats, der vorsieht, zukünftig sämtliche Gewinne von den Steuern zu befreien. Damit folgt die Kommission nicht der Lösung des Ständerats, der die Gewinne aus Grossspielen (Lotterien und Sportwetten) ab einem Betrag von 1 Million Franken weiterhin besteuern wollte, die Steuerbefreiung für Gewinne aus Spielbankenspielen aber wie unter geltendem Recht beibehalten wollte (mit 14 zu 10 Stimmen).

Abweichend zum Entwurf des Bundesrats und zum Entscheid des Ständerats beantragt die Kommission ihrem Rat weitere ausgewählte Punkte: Die Lohnbezüge von Personen, die bei einem Anbieter von Grossspielen arbeiten, sollen auf das Salär eines Bundesrats begrenzt werden. Zudem beantragt die Kommission, dass zukünftig auch Spielbanken Geschicklichkeitsspiele durchführen und die Teilnahme an Sportwetten und Lotterien anbieten können.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 1. März 2017.

Ausgleichsfondsgesetz (15.087)

Der Gesetzesentwurf bezweckt die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO (compenswiss - Ausgleichsfonds AHV/IV/EO). Die Sozialkommission des Nationalrates (SGK-NR) beantragte am 3. Februar 2017 ihrem Rat auf die Vorlage einzutreten und in der Detailberatung dem Entscheid des Ständerates zu folgen. Dieser hatte in der Wintersession 2017 beschlossen, dass nicht die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) als Revisionsstelle, sondern eine unabhängige Revisionsstelle für die neue Anstalt eingesetzt werden soll. Eine Minderheit beantragt, dem Vorschlag des Bundesrats zu folgen.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 6. März 2017.

Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) (16.082)

Die Revision des Bundesgesetzes über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG) soll die nötigen Rechtsgrundlagen schaffen, damit das Bundesamt für Statistik einheitliche internationale Identifikatoren LEI (Legal Entity Identifier) zuweisen darf. Mit der Einführung der LEI soll künftig die Qualität von Finanzdaten verbessert und die Beurteilung von Systemrisiken erleichtert werden.

⌘ Die Wissenschaftskommission des Nationalrates (WBK-NR) behandelt die Vorlage am 16./17. Februar 2017 (nach Redaktionsschluss).

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat am 6. März 2017.

Währungshilfegesetz. Revision (16.067)

Mit der Vorlage beantragt der Bundesrat eine Revision des Währungshilfegesetzes vom 19. März 2004 (WHG). Diese Gesetzesrevision wurde aufgrund von Veränderungen der Kreditvergabepaxis auf multilateraler Ebene seit der globalen Finanzkrise sowie der Staatsschuldenlage im Euroraum notwendig. Sie sorgt dafür, dass die Schweiz sich weiterhin verlässlich an Massnahmen zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems beteiligen kann. Der Bundesrat beantragt zudem die Verlängerung des Währungshilfebeschlusses vom 11. März 2013 um weitere fünf Jahre.

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-NR) beantragt ihrem Rat mit 16 zu 9 Stimmen beide Vorlagen anzunehmen. Für beide Entwürfe liegen Anträge für Nichteintreten vor. Für den Entwurf 1 (Revision des Währungshilfegesetzes) liegen zusätzlich zwei Minderheitsanträge vor. Ein Antrag will es der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ermöglichen, einen Antrag des Bundesrates an die SNB zur Übernahme einer Darlehens- oder Garantiegewährung ohne Begründung abzulehnen (Art. 6, Abs. 3). Ein weiterer Antrag sieht vor, die Bedingungen betreffend Verpflichtungskrediten gemäss geltendem Recht beizubehalten (Art. 8, Abs. 2).

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 8. März 2017.

Standesinitiative

Kt.IV. VS. Anpassung des Bundesrechts an die neuen Beherbergungsformen (15.302)

Der Kanton Wallis fordert die eidgenössischen Räte mit der Standesinitiative auf, ein Inventar der mit den neuen internetgestützten Formen der touristischen Beherbergung unvereinbaren Bundesnormen zu erstellen und diese im Sinne einer Angebotsförderung und eines Bürokratieabbaus zu lockern. Der Ständerat hatte der Standesinitiative in der Frühjahrsession 2016 keine Folge gegeben.

⌘ Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-NR) wird die Standesinitiative am 20. Februar 2017 vorberaten (nach Redaktionsschluss).

⌘ Der Nationalrat behandelt die Standesinitiative am 16. März 2017.

Parlamentarische Initiative (2.Phase)

Pa.IV. (Poggia) Golay. Stillschweigende Verlängerung von Dienstleistungsverträgen. Mehr Informationen und Schutz für Konsumentinnen und Konsumenten (13.426)

Die Rechtskommissionen beider Räte haben der Parlamentarischen Initiative Folge gegeben. Mit dem Vorstoss wird beantragt, die Gesetzgebung dahingehend zu ergänzen, dass Dienstleistungsanbieter, die eine stillschweigende Fortführung eines abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages vereinbaren, ihre Kundinnen und Kunden über die Möglichkeit, vom Vertrag zurückzutreten, informieren müssen; diese Mitteilung muss mindestens einen Monat vor Ablauf der Kündigungsfrist erfolgen. Die Rechtskommission des Nationalrates (RK-NR) wird einen entsprechenden Gesetzestext ausarbeiten, braucht dafür aber mehr Zeit. Daher wird eine Fristverlängerung beantragt.

⌘ Der Nationalrat befindet über den Antrag auf Fristverlängerung am 17. März 2017.

Motion Erstrat

Mo. FK-NR. Mindestvergütungszins für vorzeitig entrichtete Beträge der direkten Bundessteuer (16.3912)

Der Bundesrat wird mit der Motion der Finanzkommission des Nationalrates (FK-NR) beauftragt, den Vergütungszins für vorzeitig entrichtete Beträge der direkten Bundessteuer auf mindestens 0,25 Prozent festzusetzen. Der Bundesrat verweist in seiner Antwort vom 25. Januar 2017 darauf, dass bei den aktuellen Marktverhältnissen Vorauszahlungen von Steuerpflichtigen für den

Bund ein Minusgeschäft sind. Sobald sich das Zinsumfeld erholt, ist der Vergütungszins aus Sicht des Bundesrates wieder anzuheben. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 27. Februar 2017.

Motionen Zweitrat

Mo. Ettl. Fabi. Übermässige administrative Belastung bei Geschäftsfahrzeughabern (15.4259)

Mit der Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) anzuweisen, die ab 2016 vorgesehene Verwaltungspraxis, welche zu einer zusätzlichen Einkommensbesteuerung Unselbstständigerwerbender mit einem Geschäftsfahrzeug führt, nicht umzusetzen. Der Ständerat hat die Motion in der Herbstsession 2016 angenommen. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-NR) hat am 24. Januar mit 17 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung entschieden, bei ihrem Rat eine Änderung des Motionstextes zu beantragen.

Mit dem neuen Motionstext wird der Bundesrat beauftragt, auf der Verwaltungsebene die notwendigen gesetzlichen Änderungen vorzuschlagen, damit mit den 9,6 Prozent des Fahrzeugkaufpreises, der bereits für die private Nutzung eines Geschäftsfahrzeuges als Einkommensanteil zu versteuern ist, auch die Nutzung dieses Geschäftsfahrzeuges auf dem Arbeitsweg mitabgegolten ist.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 27. Februar 2017.

Mo. WAK-SR. Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben (16.3431)

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer zu unterbreiten, so dass von Gemeinwesen ausgerichtete Subventionen nicht der Mehrwertsteuer unterliegen, sofern sie zur Erfüllung grundlegender gesetzlicher Aufgaben ausgerichtet werden. Der Ständerat hat der Motion in der Herbstsession 2016 zugestimmt.

⌘ Die Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-NR) wird die Motion am 20. Februar 2017 vorberaten (nach Redaktionsschluss).

⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 8. März 2017.

Mo. Dittli. Teuerung nur ausgleichen, wenn Teuerung anfällt (16.3705)

Ständerat Josef Dittli (FDP/UR) beantragt, dass bei allen Rahmenkrediten und Verpflichtungskrediten eine Teuerung grundsätzlich nur ausgeglichen werden kann, wenn eine Teuerung tatsächlich auch anfällt. Bundesrat Maurer verwies darauf, dass das aktuelle System zwar unvollkommen, aber praktikabel sei. Der Ständerat hat der Motion in der Wintersession 2016 zugestimmt.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Motion am 8. März 2017

Postulate

Po. FK-NR. SIFEM AG. Antrag des Bundesrates auf Umwandlung des Bundesdarlehens in Aktienkapital (16.3913)

Der Bundesrat wird beauftragt in einem Bericht darzulegen, weshalb er im Rahmen des Voranschlags 2017 die Umwandlung des Bundesdarlehens in Aktienkapital bezüglich der SIFEM AG beantragt hat. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

⌘ Der Nationalrat behandelt das Postulat am 7. März 2017.

Vorstösse gemäss separaten Listen**Parlamentarische Initiativen 1. Phase**

- [15.436](#) Pa.Iv. Geissbühler. Namenslisten bei allen Abstimmungen im Ständerat (SPK)
 - [15.442](#) Pa.Iv. Heer. Auskunftspflicht über die Reisetätigkeit von Mitgliedern der Bundesversammlung (SPK)
 - [15.418](#) Pa.Iv. Chevalley. Die Verbrennung von Lebensmittelabfällen ist komplett unsinnig! (WBK)
 - [15.447](#) Pa.Iv. Badran Jacqueline. Ergänzung der Revisionsgründe im Steuerharmonisierungsgesetz um Illettrismus und gesundheitliche Gründe (WAK)
 - [15.455](#) Pa.Iv. Egloff. Missbräuchliche Untermiete vermeiden (RK)
 - [15.458](#) Pa.Iv. Quadranti. Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub (SGK)
 - [15.464](#) Pa.Iv. Fraktion G. Transparenz über das Lobbying via Tages-Zugangsbewilligungen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier (SPK)
 - [15.470](#) Pa.Iv. Masshardt. Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion nach der Geburt (RK)
 - [15.472](#) Pa.Iv. Schneeberger. KMU-taugliche Lösung sichern. Eingeschränkte Revision zum Schutz unserer KMU verwesentlichen (RK)
 - [15.484](#) Pa.Iv. Fraktion BD. Zeitvorsorgesystem als Antwort auf eine der wichtigsten demografischen Herausforderungen (SGK)
 - [15.489](#) Pa.Iv. Heim. Das Potenzial älterer Arbeitskräfte klug nutzen und klug stärken (WBK)
 - [15.491](#) Pa.Iv. Grunder. Rettung des Milizsystems durch die Verlängerung der Amtsperiode (SPK)
 - [16.434](#) Pa.Iv. Sommaruga Carlo. Panama Papers. OffshoreGesellschaften aus der Schweiz verbannen (WAK)
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Initiativen eventuell am 28.2., 1.3., 6.3., 8.3., 9.3., 13.3., 14.3., 15.3. oder 16.3.2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

- [16.3754](#) Po. Nantermod. Voraussetzungen zur Ausübung von gewissen Berufen. Stand der Dinge
- [15.3044](#) Mo. Schwaab. Bei Gratisangeboten werden sie zum Produkt. Für eine korrekte Angabe der Gegenleistung in Fällen der Unentgeltlichkeit
- [15.3102](#) Mo. Maire Jacques-André. Überzeit. Gleichbehandlung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten
- [15.3117](#) Po. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Bonusorientierte Kontrollintervalle für Betriebe und Anlagen
- [15.3122](#) Po. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Lockerung von Dokumentations- und Archivierungsvorschriften
- [15.3136](#) Mo. Fraktion BD. Einarbeitungszuschuss bei beruflichem Wiedereinstieg nach einer Familienphase
- [15.3149](#) Mo. Feller. Lockerung der Anspruchsvoraussetzungen für Kurzarbeitsentschädigungen im Dienstleistungssektor
- [15.3157](#) Mo. Aebischer Matthias. Einspracherecht bei der Einstufung von Berufsabschlüssen in der Berufsbildung gemäss nationalem Qualifikationsrahmen
- [15.3193](#) Po. Heim. Nationale Strategie zur Verbesserung der Beschäftigungschancen und der Reintegration erwerbsloser älterer Menschen in den Arbeitsmarkt
- [15.3194](#) Po. Heim. Nationaler Sozialstern zur Bekämpfung altersbedingter Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt
- [15.3234](#) Mo. Grunder. Frankenkrise. Innovationsförderung verstärken
- [15.3243](#) Po. Pfister Gerhard. Swiss Fund. Ein Beitrag zur Meisterung aktueller Herausforderungen der Schweiz
- [15.3263](#) Mo. Markwalder. Revision des Entsendegesetzes

- [15.3281](#) Mo. Amarelle. Auswirkungen der Politik des starken Frankens der Schweizerischen Nationalbank. Bürgerschaftswesen zugunsten der KMU stärken
 - [15.3330](#) Mo. Müller Leo. Fachkräfteinitiative und arbeitsmarktliche Massnahmen. Synergien nutzen und Mittel optimieren
 - [15.3358](#) Mo. Derder. Investitionsprogramm für die Informationsgesellschaft ankurbeln
 - [15.3387](#) Po. Fraktion RL. Für einen funktionierenden Wettbewerb. Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen Bundesrates berücksichtigen
 - [15.3394](#) Mo. Quadri. Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Wiederaufnahme der Optimierung
 - [15.3397](#) Po. Feller. Wiederverkauf von Veranstaltungstickets zu überhöhten Preisen. Sanktionen
 - [15.3398](#) Po. (Caroni) Walti Beat. Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten des Bundes
 - [15.3399](#) Mo. (Caroni) Walti Beat. Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten der Kantone
 - [15.3421](#) Po. (Caroni) Walti Beat. Einführung einer Regulierungsbremse
 - [15.3513](#) Mo. Wasserfallen. Bürokratieabbau. Einheitliche Anlaufstelle für Unternehmen
 - [15.3540](#) Mo. Hausammann. Unternehmerischer Freiraum in der überbetrieblichen Zusammenarbeit von landwirtschaftlichen Betrieben
 - [15.3552](#) Po. Schmid-Federer. Mehr Schnupperlehrstellen bei den Mint-Berufen
 - [15.3554](#) Mo. Carobbio Guscelli. Berufsbildung. Massnahmen zur Förderung des Zugangs zum Qualifikationsverfahren auch für Teilzeitangestellte
 - [15.3575](#) Mo. Marra. Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen der besseren Nutzung von schweizerischen Arbeitskräften
 - [15.3669](#) Mo. (Schneider Schüttel) Ruiz Rebecca. Mieten. Verbesserung des Kündigungsschutzes für ältere Personen, Familien usw.
 - [15.3679](#) Po. Herzog. Bürokratieabbau durch Vereinfachung und Modernisierung des Arbeitsrechts
- ☞ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 7.3. oder 16.3.2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem EFD

- [15.3019](#) Mo. Feller. Vierteljährlicher Wirksamkeitsbericht des Bundesrates. Änderungen am Finanzausgleichsgesetz
- [15.3075](#) Mo. Brand. Reduktion des Mehrwertsteuersatzes für das Gastgewerbe und die Hotellerie
- [15.3096](#) Po. Fraktion S. Bericht über Entstehung, Entwicklung sowie Auswirkungen des Steuerwettbewerbs in der Schweiz
- [15.3098](#) Po. Fraktion RL. Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts
- [15.3100](#) Mo. Maire Jacques-André. Steuerliche Transparenz für hohe Managerlöhne
- [15.3103](#) Mo. Fraktion CE. Keine Negativzinsen auf Volksvermögen
- [15.3111](#) Po. Vogler. Stärkung des Anlegerschutzes durch gezielte Anpassung bestehender Gesetze
- [15.3113](#) Mo. Gysi. Bandbreitenmodell für mehr Steuergerechtigkeit
- [15.3118](#) Po. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Formelle Harmonisierung von Verfahren, Fristen und Zahlungsintervallen im Unternehmenssteuerbereich
- [15.3119](#) Mo. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. IT-Offensive der Eidgenössischen Zollverwaltung forcieren
- [15.3138](#) Mo. Badran Jacqueline. Innovationsförderung für KMU. Rückstellungen für Forschung und Entwicklung ermöglichen
- [15.3144](#) Mo. Pezzatti. Partizipationskapital für Genossenschaftsbanken
- [15.3156](#) Mo. Fraktion BD. Wechselkurseffekte beim Beschaffungswesen

- [15.3183](#) Po. Hadorn. Gewinne der Schweizerischen Nationalbank. Verwendung und Auswirkung
- [15.3184](#) Mo. Hadorn. Frankenstärke. Folgen auf Schuldenbremse
- [15.3196](#) Po. Carobbio Guscelli. Wichtige Leistungen der Kantone seit dem Inkrafttreten des interkantonalen Finanzausgleichs

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 27.2. oder 8.3.2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem EJPD

- [16.3416](#) Po. Nantermod. Patchworkfamilien. Lösungen für eine zeitgemässe Regelung der gesetzlichen Erbfolge?
- [16.3471](#) Po. Wermuth. Internationale Sportverbände. Auswirkungen einer Rechtsformänderung
- [15.3039](#) Po. Portmann. Schutz bei Falschanschuldigungen
- [15.3058](#) Mo. (Schneider Schüttel) Schwaab. Swissleaks. Mit Meldesystem die Abwehr gegen kriminelle Gelder verstärken
- [15.3092](#) Mo. Portmann. Höchstzinsvorschrift für alle Darlehensgeschäfte
- [15.3197](#) Mo. Carobbio Guscelli. Verbot der Auszahlung von Löhnen in Euro
- [15.3319](#) Mo. Egloff. Zugriffsverträge zum elektronischen Grundstückinformationssystem strenger regeln
- [15.3320](#) Mo. Egloff. Gegen die schleichende Privatisierung des Grundbuchs

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 15.3.2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI

- [15.3120](#) Po. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Unternehmen von staatlichen Statistikerhebungen entlasten
- [15.3121](#) Mo. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Abschaffung des unterjährigen Melde-Obligatoriums bei AHV und IV
- [15.3124](#) Mo. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Effizienzsteigerung durch Koordination von Arbeitgeberkontrollen

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 9.3.2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem UVEK

- [15.4173](#) Mo. Nantermod. Liberalisierung des Fernbusverkehrs in der Schweiz
- [15.4236](#) Mo. Reimann Lukas. Staatlicher Monopolmissbrauch. Keine weitere Erhöhung der SBB-Bahnpreise!
- [16.3010](#) Mo. Jauslin. Mautgebühren am Gotthard und flankierende Massnahmen für die anderen Alpenübergänge im Nationalstrassennetz
- [16.3040](#) Mo. Müller Leo. Einführung einer Tunnelgebühr am Gotthard
- [16.3045](#) Mo. Grossen Jürg. Maut für den Gotthardtunnel und für andere alpenquerende Übergänge mit kostenintensiven Infrastrukturbauten

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 2.3., 9.3. oder 14.3.2017.

Parlamentarische Vorstösse aus dem VBS

- [16.3348](#) Po. Béglé. Schaffung eines Rates für Cyberverteidigung. Vordringlich für unsere Souveränität und unsere Sicherheit
- [16.3528](#) Mo. Glanzmann. Kompetenz bei der Cyberdefence

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 16.3.2017.

Parlamentarische Vorstösse aus der BK

- [16.3115](#) Mo. Pardini. Ständiger Wirtschafts- und Sozialrat
- [16.3870](#) Mo. Steinemann. Mindesttarife bei der Auftragsvergabe in der Bundesverwaltung aufheben

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 16.3.2017.

Ständerat

Bundesratsgeschäfte

OR. Handelsregisterrecht (15.034)

Beide Räte sind grundsätzlich für die Modernisierung des Handelsregisters. Eine Differenz besteht jedoch bei der Umsatzschwelle, ab der ein Eintrag im Handelsregister Pflicht ist. Die Rechtskommission des Ständerats (RK-SR) beantragt ihrem Rat den Schwellenwert bei einem jährlichen Umsatzerlös von CHF 100'000 zu belassen. Der Nationalrat hatte in der Wintersession 2016 eine Erhöhung auf CHF 500'000 beschlossen.

⌘ Der Ständerat behandelt die Vorlage am 27. Februar 2016. Sollten weiterhin Differenzen bestehen, wird sich der Nationalrat am 1. März 2017 mit diesen beschäftigen.

Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Bundesgesetz (15.088)

Die Beschlüsse der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-SR) weichen in einigen Punkten vom Entwurf des Bundesrates und vom Beschluss des Nationalrates ab. Gemäss dem Willen der Kommission soll das vereinfachte Abrechnungsverfahren (VAV) neben Privathaushalten auch Kleinstbetrieben und Vereinen offen stehen. Damit künftig Missbräuche verhindert werden können, hat sie Artikel 2 um einen Absatz 2 ergänzt (10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen); dieser schliesst das vereinfachte Abrechnungsverfahren für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften sowie für im eigenen Betrieb mitarbeitende Ehegatten und Kinder aus.

Darüber hinaus soll den kontrollierten Personen und Betrieben eine Kopie des Protokolls automatisch und nicht nur auf Verlangen abgegeben werden (Art. 9). Auch bei mutmasslichen Verstössen gegen allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge sollen die Kontrollorgane – gemäss dem Willen und entgegen dem Beschluss des Nationalrates – die zuständigen Stellen informieren können (Art. 12). Wie bereits der Nationalrat will eine Kommissionsmehrheit Artikel 16a zu den Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen streichen (8 zu 5 Stimmen). Bei Artikel 18a (Sanktionen bei einer Verletzung der Anmelde- und Aufzeichnungspflichten) will sie hingegen dem Bundesrat folgen (9 zu 4 Stimmen) und den Artikel beibehalten.

Die Kommission hat den Entwurf in der Gesamtabstimmung mit 8 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. In der Herbstsession 2016 trat der Nationalrat gegen den Willen der SVP und einzelner Vertreter der FDP sowie der CVP mit 107 zu 73 Stimmen auf die Vorlage ein und nahm sie in der Gesamtabstimmung mit 107 zu 75 Stimmen bei 4 Enthaltungen an.

⌘ Der Ständerat (Zweitrat) behandelt die Vorlage am 6. März 2017. Sollten Differenzen bestehen, behandelt der Nationalrat diese am 14. März 2017.

**Aussenwirtschaftspolitik
2016. Bericht (17.008)**

Im Aussenwirtschaftsbericht zeigt der Bundesrat aktuelle Herausforderungen für die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik auf. Den Schwerpunkt legt er dabei auf die Digitalisierung. Mit dem Bericht werden den Räten auch Botschaften zu Wirtschaftsvereinbarungen unterbreitet.

- ⌘ Die Wirtschaftskommission von National- und Ständerat behandelt den Bericht erst nach Redaktionsschluss (14.2., bzw. 20.2.2017).
- ⌘ Der Ständerat wird den Bericht am 6. März 2017 zur Kenntnis nehmen. Der Nationalrat tut dies am 16. März 2017.

**StHG. Änderung
(16.052)**

Mit der Vorlage soll der Steuerort für Maklerprovisionen vereinheitlicht werden. Künftig sollen Steuern auf Gewinnen aus Grundstücksverkäufen immer am Wohnort des Maklers bzw. am Sitz der Maklerfirma erhoben werden, sofern sich dieser in der Schweiz befindet. Der Nationalrat ist dem Entwurf in der Wintersession 2016 oppositionslos gefolgt. Auch die ständerätliche Wirtschaftskommission (WAK-SR) beantragt einstimmig die Annahme.

- ⌘ Der Ständerat wird die Vorlage am 28. Februar 2017 behandeln.

IWF. Garantieverpflichtung für ein Darlehen an den Treuhandfonds (16.066)

Die aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-SR) hat einen Verpflichtungskredit von CHF 800 Millionen für die Garantie eines Darlehens an den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum des Internationalen Währungsfonds (IWF) ohne Gegenstimmen gutgeheissen.

- ⌘ Der Ständerat behandelt den Bundesbeschluss am 28. Februar 2017.

Internationale Arbeitsorganisation. Protokoll zum Übereinkommen Nr. 29 über Zwangsarbeit (16.058)

Mit 10 zu 2 Stimmen sprach sich die aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-SR) für das Protokoll aus. Mit dem Protokoll zum Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation sollen Formen der Zwangsarbeit, darunter auch der Menschenhandel, bekämpft werden. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass mit dem Protokoll die neuen Formen der Zwangs- und Pflichtarbeit bekämpft werden können und die Bekämpfung derselben als Akt internationaler Solidarität zu betrachten ist.

Am 5. Dezember 2016 stimmte der Nationalrat der Ratifizierung des Abkommens in der Gesamtabstimmung mit 125 zu 67 Stimmen zu. Zuvor lehnte die grosse Kammer einen Nichteintretensantrag aus den Reihen der SVP mit gleichem Stimmverhältnis ab.

- ⌘ Die Vorlage wird am 6. März 2017 im Ständerat (Zweitrat) behandelt.

Standesinitiativen

Kt.Iv. SH. Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz(16.301)

Die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK-SR) beantragt die Ablehnung der Initiative des Kantons Schaffhausen aus formellen Gründen. Das Anliegen ist bereits hängig mit der parlamentarischen Initiative Altherr (14.449 «Überhöhte Importpreise. Aufhebung des Beschaffungszwangs im Inland»). Die Beratungen dazu werden an einer Kommissionsitzung im zweiten Quartal weitergeführt.

- ⌘ Der Ständerat behandelt die Standesinitiative am 6. März 2017.

Kt.Iv. TI. Gewährleistung eines landesweit dichten Hochbreitbandangebots (16.306)

Die Kommunikationskommission des Ständerates (KVF-SR) lehnt die Initiative des Kantons Tessin ab. Dieser verlangt, dass der Ausbau der Hochbreitbandnetze in jenen Regionen, deren Nutzerdichte unter der Grenze der wirtschaftlichen Rentabilität liegt, aktiv zu unterstützen sei.

☒ Der Ständerat behandelt die Standesinitiative am 15. März 2017.

Mo. Béglé. Förderung der Schweiz als universeller virtueller Datentreasury (16.3379)

Der Bundesrat soll zwei Gesetzesbestimmungen beibehalten, um ein optimales Datenschutzniveau zu gewährleisten und die Schweiz so als universellen virtuellen Datentreasury zu positionieren. Der Nationalrat hat in seiner Beratung in der Herbstsession 2016 bereits einen Punkt der Forderung abgelehnt. Die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-SR) beantragt nun auch die Ablehnung des anderen Punktes. Dabei hat die SPK-SR vor allem Bedenken, was das Vorgehen der Motion betrifft.

☒ Der Ständerat behandelt die Motion am 27. Februar 2017.

Mo. Egloff. Sicheres Wohnen. Einmaliges Wahlrecht beim Eigenmietwert (13.3083)

Die Wirtschaftskommission des Ständerates (WAK-SR) sieht zwar Handlungsbedarf bei der Besteuerung des Wohneigentums, die Motion beantragt sie jedoch zur Ablehnung, weil sie gegen die darin vorgesehene Wahlmöglichkeit ist. Allerdings hat die WAK-SR beschlossen, eine Kommissionsinitiative für einen Systemwechsel bei Wohneigentumsbesteuerung (17.400) einzureichen. Der Nationalrat hat der Motion bereits in der Herbstsession 2014 zugestimmt.

☒ Der Ständerat behandelt die Motion am 28. Februar 2017.

Mo. FK-NR. Keine Aufweichung der bewährten Schuldenbremse (16.3634)

Mit knapper Mehrheit (7 zu 6 Stimmen) beantragt die Finanzkommission des Ständerates (FK-SR) die Annahme der Motion ihrer Schwesterkommission. Die Mehrheit der FK-SR ist der Meinung, dass sich die Schuldenbremse bewährt hat. Der Nationalrat hat den Vorstoss bereits in der vergangenen Wintersession gutgeheissen.

☒ Der Ständerat behandelt die Motion am 28. Februar 2017.

Mo. Schilliger. Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Eintreibung von Beiträgen für überbetriebliche Kurse (14.3558)

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 21 der Berufsbildungsverordnung so anzupassen, dass ein Berufsverband, der im öffentlichen Auftrag überbetriebliche Kurse durchführt, auch eine Rechtsgrundlage erhält, den Kostenbeitrag gerichtlich durchzusetzen. Der Nationalrat nahm die Motion in der Sommersession 2016 an.

☒ Die Bildungskommission des Ständerates (WBK-SR) behandelt den Vorstoss am 21. Februar 2017 (nach Redaktionsschluss).

☒ Der Ständerat behandelt die Motion am 6. März 2017.

Mo. Nationalrat (Regazzi). Reduzierung von Staus in den Morgenstunden (15.3185)

Der Bundesrat wird beauftragt, das Strassenverkehrsgesetz dahingehend zu ändern, dass das Nachtfahrverbot für die Zeit ab 22 bis 4 Uhr gilt. Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession 2016 mit 98 zu 93 Stimmen bei

Mo. Ständerat (Ettlin Erich). Ungerechtfertigte Kostenüberwälzung auf den Kunden im Zollwesen (15.4153)

3 Enthaltungen entgegen dem Antrag des Bundesrats angenommen. Die Verkehrskommission des Ständerats empfiehlt die Motion einstimmig zur Ablehnung, da eine Verkürzung des Nachfahrverbots um eine Stunde nicht zur Verringerung der morgendlichen Staus beitrage.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 15. März 2017.

Der Nationalrat nahm in der Herbstsession 2016 eine Modifikation an der Motion von Ständerat Erich Ettlin (CVP/OW) vor. Diese sieht vor, dass Spediteure die Kosten für eine Beschauung als Pauschalbetrag zu den übrigen Speditionskosten hinzurechnen können. So sollen die Beschauungskosten nicht mehr einzelnen, zufällig ausgewählten Kundinnen und Kunden verrechnet werden. Die ständerätliche Wirtschaftskommission (WAK-SR) beantragt ihrem Rat die Annahme der modifizierten Motion.

⌘ Der Ständerat behandelt die modifizierte Motion am 28. Februar 2017.

Mo. Nationalrat (Fraktion RL). Bürokratieabbau. Emissionshandelssystem nur noch auf freiwilliger Basis (15.3544)

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, das Emissionshandelssystem (EHS), zu welchem aktuell rund 50 Unternehmen zur Teilnahme verpflichtet sind, als freiwillige Option zurückzustufen sowie die Verpflichtung zur Teilnahme am EHS des CO₂-Gesetzes zu streichen. Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession 2016 mit 103 zu 88 Stimmen bei 3 Enthaltungen entgegen dem Antrag des Bundesrats angenommen. Die UREK-SR hat die Motion bei Redaktionsschluss noch nicht beraten.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 15. März 2017.

Mo. Nationalrat (Fraktion RL). Bürokratieabbau. Allen Unternehmen die Befreiung von der CO₂-Abgabe ermöglichen (15.3545)

Der Bundesrat wird durch die Motion beauftragt, allen Unternehmen aus Wirtschaftszweigen, die durch die CO₂-Abgabe belastet werden, eine Befreiung von der CO₂-Abgabe zu ermöglichen. Die Einschränkungen der befreiungsberechtigten Unternehmen sowie die Definition von Tätigkeiten und die 100 Tonnen Mindestemission sind aufzuheben. Der Nationalrat hat die Motion in der Herbstsession entgegen dem Antrag des Bundesrats mit 97 zu 96 Stimmen (Stichentscheid) bei 2 Enthaltungen angenommen. Die UREK-SR hat die Motion bei Redaktionsschluss noch nicht beraten.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 15. März 2017.

Motionen (Erstrat)

Mo. Berberat. Familienbesteuerung: Ungleichbehandlungen beseitigen (16.4019)

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Revisionsarbeiten an der Familienbesteuerung Vorschläge mit Zielen zu unterbreiten, die steuerliche Ungleichbehandlung von Unterhaltsbeiträgen für minderjährige und volljährige Kinder zu beseitigen sowie das System der Kinderabzüge verheirateter und geschiedener Eltern zu harmonisieren. Die Antwort des Bundesrates lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 28. Februar 2017.

Mo. Vonlanthen. Avig. Verringerung des Bürokratieaufwands bei Kurzarbeit (16.3457)

Der Ständerat entschied in der Herbstsession 2016 die Motion seiner Wirtschaftskommission (WAK-SR) zur Vorprüfung zu überweisen. Mit der Motion von Beat Vonlanthen (CVP/FR) soll der Bundesrat beauftragt werden, eine Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) zu unterbreiten, die auf die derzeit bestehende Pflicht zur Suche nach einer Zwischenbeschäftigung bei Kurzarbeit verzichtet. Die WAK-SR beantragte am 10. Januar 2017 einstimmig die Annahme der Motion.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 6. März 2017.

Mo. Noser. Regelmässige Hinterfragung der Staatsbeteiligungen (16.3993)

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Legislaturplanung eine grundsätzliche Überprüfung des staatlichen Beteiligungsbesitzes vorzunehmen. Die Antwort des Bundesrates lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 6. März 2017.

Mo. Fournier. Verbesserung der Situation der KMU in Wettbewerbsverfahren (16.4094)

Die Rechtsprechung hat gemäss dem Jean-René Fournier (CVP/VS) der Motion die Tendenz, die besondere Situation der KMU, die im Vergleich zu grossen nationalen und internationalen Konzernen nicht über das gleich hoch qualifizierte Personal und auch nicht über die gleichen materiellen und finanziellen Ressourcen verfügen, nicht zu berücksichtigen. Dies soll mit dieser Motion korrigiert werden, indem bestimmte wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen angepasst werden sollen. Die Antwort des Bundesrates lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 6. März 2017.

Mo. Bischof. Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie (16.3902)

Der Bundesrat soll mit der Motion von Pirmin Bischof (CVP/SO) beauftragt werden, die notwendigen Gesetzesänderungen vorzulegen, um sogenannte Preisparitätsklauseln im Vertragsverhältnis zwischen Online-Buchungsplattformen und Hotels zu verbieten. Der Ständerat überwies den Vorstoss in der Wintersession zur Vorprüfung an die zuständige Kommission (WAK-SR). Mit 9 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen beantragt die Kommission die Annahme der Motion. Mehrheitlich ist die WAK-SR der Meinung, dass durch die enge Paritätsklausel die Hotellerie in ihrer Preispolitik eingeschränkt und damit der Wettbewerb behindert wird.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 6. März 2017.

Mo. Rieder. Umwandlung strukturierter Beherbergungsbetriebe. Keine halben Sachen (16.3458)

Der Bundesrat wird mit der Motion von Beat Rieder (CVP/VS) beauftragt, die Verordnung zum Zweitwohnungsgesetz (ZWG) so abzuändern, dass zukünftig eine Umnutzung von bis zu 100 Prozent der Hauptnutzfläche strukturierter Beherbergungsbetriebe zu Wohnungen ohne Nutzungsbeschränkung möglich ist. In der Herbstsession 2016 entschied der Ständerat, den Vorstoss seiner Raumplanungskommission (UREK-SR) zur Vorprüfung zu überweisen. Die UREK-SR verweist darauf, dass die Regelung Teil des Kompromisses mit dem Komitee der Zweitwohnungsinitiative war. Zwar habe das Zweitwohnungsgesetz die erwünschte Wirkung bei dem Zweitwohnungsbau erzielt, bei den

nicht wirtschaftlichen Hotelbetrieben bestehe aber weiterhin ein Problem. Daher beschloss die UREK-SR mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Annahme der Motion zu beantragen.

⌘ Der Ständerat behandelt die Motion am 8. März 2017.

Postulate

Po. Noser. Klare Trennung von Regulierung, Ausführung und Kontrolle (16.3992)

Der Bundesrat wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Regeln eine klare Trennung von Regulierung, Ausführung und Kontrolle gewährleistet werden kann. Er soll sich dabei an den Prinzipien und Überlegungen orientieren, welche die OECD im Rahmen ihrer Arbeiten zu «state owned enterprises» anwendet. Die Antwort des Bundesrates lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Der Ständerat behandelt das Postulat am 28. Februar 2017.

Po. Stöckli. Schweizer Tourismuspolitik. Verstärkte Koordination statt Gärtchendenken (16.4097)

Der Bundesrat wird beauftragt, die departementsübergreifende Koordination für den Schweizer Tourismus zu verbessern. Dazu soll die Schaffung einer Koordinationsstelle geprüft werden. Die Antwort des Bundesrates lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Der Ständerat behandelt das Postulat am 6. März 2017.

Po. Noser. Keine Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche Beihilfen (16.3991)

Der Bundesrat soll in einem Bericht darlegen, welche Wettbewerb verzerrenden Auswirkungen von Beihilfen heute bestehen, wie sie begründet sind und wie sie künftig verringert werden können. Die Antwort des Bundesrates lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Der Ständerat behandelt das Postulat am 6. März 2017.

Impressum

Kontakt

© Ecopolitics GmbH, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
Telefon 031 313 34 34, Fax 031 313 34 35 , www.ecopolitics.ch
Redaktion: Stefan Kunz, kunz@ecopolitics.ch (Leitung);
Rebecca Gammenthaler, gammenthaler@ecopolitics.ch
Redaktionsschluss: 14. Februar 2017
Gedruckt auf FSC-Papier

Themen

Ecopolitics publiziert zu folgenden Politthemen die Zeitschrift politfocus als Print- und/oder PDF-Version:

politfocus agrarpolitik	ISSN 1661-4771
politfocus bildungspolitik	ISSN 1661-4801
politfocus gesundheitspolitik	ISSN 1661-481X
politfocus sozialpolitik	ISSN 1661-5549
politfocus umweltpolitik	ISSN 1661-4836
politfocus politique environnementale	ISSN 1661-5557
politfocus wirtschaftspolitik	ISSN 1661-5530

Abonnemente

Ein Jahresabonnement können Sie bequem auf unserer Webseite bestellen. Unter www.politfocus.ch finden Sie auch die aktuellen Preise sowie die geltenden Konditionen.

Erscheinungstermine

Die nächste Nummer (Nr. 2) erscheint als Rückschau auf die Frühjahrssession der Eidgenössischen Räte am 29. März 2017.

Infoprodukte von Ecopolitics

politfocus: Übersicht zu den wichtigsten politischen Geschäften im jeweiligen Themenbereich – achtmal jährlich vor und nach den Sessionen der Eidgenössischen Räte.

politmonitoring: Regelmässige Berichterstattung zu den Sie interessierenden Geschäften bis zu ihrem Abschluss.

politagenda: Wöchentliche Übersicht zu Terminen von Parlament, Kommissionen, Vernehmlassungen und Medien in Ihrem Themengebiet.

Ecopolitics

Ecopolitics ist Partnerin von Institutionen, die sich professionell in die Politik einbringen wollen. Wir informieren über Politik, erarbeiten Analysen und Strategien und helfen ihnen, ihre Anliegen wirkungsvoll in die Politik einzubringen. Wir führen Geschäftsstellen von Organisationen und geben unser Wissen in Kursen weiter.

www.ecopolitics.ch